

Montag (Vormittag), 9. Dezember 2019 / Lundi matin, 9 décembre 2019

Volkswirtschaftsdirektion / Direction de l'économie publique

85 2019.RRGR.113 Motion 094-2019 Brönnimann (Mittelhäusern, glp)
Nationales Zentrum für Cybersicherheit gehört in den Kanton Bern

85 2019.RRGR.113 Motion 094-2019 Brönnimann (Mittelhäusern, pvl)
La place du centre national de cybersécurité est dans le canton de Berne

Präsident. Wir kommen zum Traktandum 85, einer Motion von Grossrat Brönnimann: «Nationales Zentrum für Cybersicherheit gehört in den Kanton Bern». Ich erteile dem Motionär das Wort.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (glp). Ich möchte der Regierung danken für die aus meiner Sicht eigentlich zufriedenstellende Antwort. Sie hat ein solches Ausmass an Zufriedenstellung erreicht, dass ich mich gefragt habe, wieso die Regierung diesen Vorstoss, vor allem den Punkt 1, nicht als Motion überwiesen haben will. Ich habe gelesen, dass der Regierungsrat bezüglich des Punkts 2 der Meinung ist, dass das Gesetz über die Universität (UniG) und das Innovationsförderungsgesetz (IFG) genügen würden, um Anstrengungen in diese Richtung auf gesetzlicher Grundlage zu unterstützen. Deshalb bin ich bereit, den Punkt 2 in ein Postulat zu wandeln. Vielleicht führt dies dazu, dass die Regierung auch dem Punkt 1 als Motion zustimmen kann.

Ich verweise hier auf einen ganz neuen Artikel. Am 5. Dezember konnte man in der «NZZ» lesen: «Es gibt Cyberrisiken, die wir noch gar nicht kennen.» Dies ist ein Zitat von Herrn Dr. Vincent Lenders, Direktor des neu geschaffenen Cyber-Defence-Campus. Ich muss zu meiner Schande gestehen, dass ich als Politiker, der sich mit diesem Thema beschäftigt, selbst nicht gewusst habe, dass dieser Cyber-Defence-Campus auch in Thun einen Standort hat. Nebst Lausanne und Zürich ist Thun Standort dieser neu gegründeten Institution. Nun komme ich schon fast zu meinem politischen Anliegen: Der Kanton Zug hat es innerhalb von ein paar Jahren geschafft, dass man heute vom «Krypto Valley» spricht. Wieso soll es das Aaretal nicht in ein paar Jahren zum «Cyber Security Valley» schaffen? – Wir fangen oben an im Aaretal, nicht ganz in Meiringen, aber dort hätten wir durchaus auch Bundesinstitutionen, die im Zusammenhang mit Sicherheit wichtig sind. Aber jetzt haben wir in Thun diesen neuen Campus-Standort. Wir haben dort den Hauptsitz der Ruag, die teures Lehrgeld bezahlen musste, weil sie dies unterschätzt hat. Wir wissen unterdessen, dass die Ruag auf strategischer Ebene vom Bund neu organisiert wird, mit einem Netz, welches hochsicherheitsmässig geschützt wird, und einem anderen Netz; dies wird getrennt. Wir gehen weiter nach Bern: In Bern haben wir natürlich nicht nur die Bundesverwaltung mit all den Stellen, die Bundesrätin Amherd geschaffen hat, nein, wir haben auch die Melde- und Analysestelle Informationssicherung (Melani). Die Stadt Bern ist auch der Sitz der Swisscom, die hier sicher eine ganz prominente Rolle spielen wird. Wir haben die Universität Bern, die im Bereich Informatik und bei anderen Themenbereichen hohe Kompetenzen hat. Wir gehen weiter nach Biel, wo wir die technische Fachhochschule haben, die auch Informatik-Ingenieure ausbildet. Als zweisprachiger Kanton sind wir doch geradezu prädestiniert für ein solches nationales Cyber-Sicherheits-Zentrum. Dieses soll nicht in Dübendorf liegen, um es auf den Punkt zu bringen. Last but not least wird auch die Nationalbank eine sehr wichtige Rolle spielen. Davon hat man auch gelesen. Die Finanzmarktaufsicht (Finma) ist dort involviert. Dies sind alles starke Institutionen, die einen Bezug zum Kanton Bern haben.

Sie konnten es in meiner Motion lesen: Der Kanton Zürich hat sich schon am 11. März dieses Jahres entschieden, ein Bewerbungsdossier für den Standort Dübendorf einzureichen. Unterdessen ist auf Bundesebene einiges passiert. Es ist klar, es wird eher eine Art Netzwerkzentrum mit verschiedensten physischen Standorten geben. Aber irgendwo wird gleichwohl der Hauptsitz stehen. Der Regierungsrat schreibt auf Seite 3 seiner Antwort, dass er findet, man müsse kein Bewerbungsdossier einreichen, sondern ein eigenes Berner Projekt von nationaler Bedeutung, «unter Berücksichtigung der komparativen Vorteile von Bern als politisches Zentrum der Schweiz, das in der Mitte zwischen den beiden ETH-Hauptstandorten Zürich und Lausanne liegt.» Es wäre vielleicht interessant für uns zu erfahren, was hier gelaufen ist. Man macht ja meist eine Motion, wenn man

den Eindruck hat, dass der Regierungsrat ein bisschen zu wenig tut. Wenn mich der Regierungsrat überzeugen kann, dass die Arbeiten für das eigene Zentrum von nationaler Bedeutung schon so weit sind, dass es fast obsolet ist, mit dieser Motion ein bisschen Druck auszuüben, dann wandle ich gerne in ein Postulat. Aber mein Vorstoss war positiv gemeint. Sie sehen auch, dass es nicht nur ein Vorstoss von mir ist, sondern dass alle Fraktionen diesen haben unterzeichnet. Wir möchten hier dem Regierungsrat den nötigen Support geben, damit das Ziel der digitalen Transformation in den Regierungsrichtlinien in diesem Teilbereich vorangetrieben werden kann.

Präsident. Wünscht jemand von den Mitmotionärinnen und Mitmotionären das Wort? Amstutz, Jost, Hegg, Veglio, de Meuron, Gnägi, Kullmann? – Niemand? – Dann kommen wir zu den Fraktions-sprechenden. Wünscht hier jemand das Wort? – Dies scheint auch nicht der Fall zu sein. Dann hat der Regierungsratspräsident Christoph Ammann das Wort.

Christoph Ammann, Volkswirtschaftsdirektor. Besten Dank. Ich danke auch Grossrat Brönnimann, dass er versucht, der Regierung Rückendeckung aus dem Parlament zu geben. Es ist tatsächlich ein Thema, welches der Regierung wichtig ist und an welchem die VOL seit dem 15. Mai dieses Jahres mit Hochdruck arbeitet. An diesem 15. Mai hat der Bundesrat Umsetzungsplan zur «Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) 2018–2022» verabschiedet und dabei entschieden, dass ein Kompetenzzentrum des Bundes für Cybersicherheit einzurichten sei. Dieses Kompetenzzentrum wird in einem ersten Schritt auf zwei Säulen stehen. Es gibt eine operative Seite. Melani wurde als Stichwort genannt, und dann gibt es die Abteilung Informations- und Kommunikationstechnik(IKT)-Sicherheit beim Informatik-Steuerungsorgan des Bundes (ISB). Dies ist die eine Säule. Die andere, strategische Säule besteht aus einer Geschäftsstelle, die direkt beim Generalsekretariat des Eidgenössischen Finanzdepartements (EFD) angesiedelt wird. Bereits ab 2020 werden zusätzlich zwölf neue Stellen geschaffen für genau diese Geschäftsstelle. Mittelfristig ist ein weiterer Ausbau denkbar. Nicht nur denkbar, sondern klar ist hingegen, dass das Kompetenzzentrum für Cybersicherheit des Bundes mit dieser Geschäftsstelle in Bern eingerichtet und innerhalb des EFD aufgebaut wird.

Davon muss man das unterscheiden, was die beiden technischen Hochschulen EPFL und ETH als Auftrag in Zusammenarbeit mit den übrigen Hochschulen tun. Sie arbeiten nämlich am Thema «Forschungs- und Supportzentrum für Cybersicherheit». Dies ist die Massnahme 2 des Umsetzungsplans, den der Bundesrat im Mai verabschiedet hat. Hier sind im Moment verschiedene Kantone, nicht nur Zürich, daran, sich zu positionieren und in diesem Projekt ihre Opportunitäten, ihr Potenzial aufzuzeigen. Es ist Verschiedenes passiert, seit dieser Vorstoss eingereicht wurde. Das EFD organisierte am 22. August zum ersten Mal und am 27. November zum zweiten Mal einen Runden Tisch. Alle interessierten Kantone haben teilgenommen. Aufgrund des heutigen Wissensstands geht die Regierung davon aus, dass der Bund selbst kein nationales Kompetenzzentrum für Cybersicherheit an einem einzigen Ort plant – ausser der Geschäftsstelle, die ich angesprochen habe. Vielmehr geht man heute davon aus, dass es mehrere Zentren und ein Netzwerk aus verschiedenen Orten geben wird, je nachdem, wie sich die interessierten Kantone positionieren und welches Engagement sie zeigen. Letztlich, liebe Grossrätinnen und Grossräte, geht es dann auch um ein finanzielles Engagement. Deshalb kommt die Regierung, Stand heute, zum Schluss, dass es kein Bewerbungsdossier braucht. Es ist während laufender Verhandlungen nie ratsam, die Karten allesamt auf den Tisch zu legen. Ich denke, darin sind wir uns hier drin einig. Die VOL ist in Zusammenarbeit mit anderen Direktionen, namentlich mit der ERZ, dabei, das Berner Projekt auszuarbeiten. Ich kann Ihnen versichern, dass heute mehr als 100 Seiten Projektarbeit vorliegen und dass wir die Projektidee, die weit über eine Idee hinausgeht und schon heute einen recht hohen Konkretisierungsgrad aufweist, «abtiefen», indem wir mit den beiden technischen Hochschulen und selbstverständlich auch mit Bundesstellen in Kontakt stehen. Gestützt auf die Aufnahme dieser Player werden wir das Projekt anpassen. Wir werden alles daransetzen, dass dieses Projekt zum Fliegen kommt.

Der Motionär selbst hat angesprochen, dass wir heute keine neue Rechtsgrundlage benötigen, um ein solches Projekt zu entwickeln. Von daher kann ich Ihnen versichern: Was die erste Phase betrifft, in der Kontakte gepflegt, Interessen angemeldet und eigene Überlegungen in eine Projektidee gegossen werden und diese Projektidee konkretisiert wird, alles im grünen Bereich liegt. Wir positionieren uns mit jenem Potenzial, das wir als Hauptstadtstandort haben. Wir stützen uns ab auf das Commitment, welches wir in den Regierungsrichtlinien zum Thema Digitalisierung und Cybersicherheit abgegeben haben, und wir versuchen im Wettbewerb unter den Kantonen die Berner Karten so

gut wie möglich auszuspielen. In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Vorstoss selbstverständlich zu überweisen, aber tun Sie dies in der Form eines Postulats, damit wir die Karten, wie gesagt, nicht zu einem ungünstigen Zeitpunkt auf den Tisch legen müssen.

Präsident. Das Wort hat der Motionär, Thomas Brönnimann.

Thomas Brönnimann, Mittelhäusern (glp). Vielen Dank, Herr Volkswirtschafts- oder eben Cyber-Security-Direktor. Ich habe es gesagt: Der Vorstoss ist dazu gedacht, der Regierung den Rücken zu stärken. Wenn ich höre, dass das Projekt schon so weit fortgeschritten ist, dass es bereits über 100 Seiten Papier dazu gibt, beruhigt mich dies, weil wirklich etwas läuft. In der Politik ist es manchmal so: Manchmal erreicht man seine Ziele besser, indem man hinter den Kulissen verhandelt, als wenn man mit einem Bewerbungsdossier vorprescht. Ich würde mir natürlich wünschen, dass auf der Anzeigetafel alles grün aufleuchtet, wenn ich in ein Postulat wandle, sodass die Regierung dieses Vorhaben vorantreiben kann. Ich denke, dies ist im Sinne des Kantons Bern. Es wäre vielleicht nicht schlecht, wenn die zuständige Kommission auch regelmässig über den Projektfortschritt informiert werden könnte. Ich bin ehrlich gesagt gerade überfordert mit der Frage, welche Kommission die richtige wäre. Aber die Regierung sollte nicht auf einmal befürchten müssen, dass das Ganze scheitert, weil es vielleicht noch ein paar Milliönchen kosten könnte. In diesem Sinne wandle ich in ein Postulat, auch bei Punkt 1.

Präsident. Damit erübrigt sich eine punktweise Abstimmung. Wir kommen zur Abstimmung über diese Motion, die in ein Postulat gewandelt wurde. Wer dieses Postulat annimmt, stimmt Ja, wer es ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (2019.RRGR.113; als Postulat)

Vote (2019.RRGR.113 ; sous forme de postulat)

Der Grosse Rat beschliesst: / Décision du Grand Conseil :

Annahme / Adoption

Ja / Oui 142

Nein / Non 0

Enthalten / Abstentions 0

Präsident. Sie haben dieses Postulat einstimmig, mit 142 Ja-Stimmen, angenommen.

Damit sind wir am Ende der Geschäfte der VOL angelangt. Ich danke dem Regierungspräsidenten und dem Generalsekretär für die Anwesenheit und wünsche ihnen eine gute Arbeitswoche.